

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Italien und das Papsttum.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

Für die Wahlen zu den konstituierenden Cortes war der Fall von Estella gerade zur rechten Zeit gekommen; sie fanden am 20. Februar statt und verschafften der Regierung eine Mehrheit von 360 unter 406 Abgeordneten. Der Verfassungsentwurf des Ausschusses gelangte unter diesen Umständen ohne viele Änderungen zur Annahme; die Glaubensfreiheit wurde gewährt, aber in der engsten Begrenzung, so daß jede äußere Kundgebung der akatholischen Kulte untersagt blieb. Gleich nach Annahme der Verfassung wurden dann einige Artikel derselben, wie die über Preß- und Versammlungsfreiheit, suspendiert und erst Ende des Jahres in Kraft gesetzt, nachdem zuvor einschränkende Spezialgesetze erlassen waren. In die Finanzen vermochte man nur durch Beschränkung der Zinszahlung einige Ordnung zu bringen; zwölf Jahre lang sollten die Koupons nur zum dritten Teil, dann zur Hälfte ausbezahlt werden, und erst wenn durch die regelmäßige Tilgung der Zinsbedarf auf 180 Millionen Pesetas herabgemindert sei, wurde wieder die volle Zahlung in Aussicht gestellt. Wann dies der Fall sein würde, ließ sich umsoweniger absehen, als der Aufstand in Kuba unausgesetzt große Summen verschlang und neue Anleihen erforderte. Erst im Jahre 1878 erlosch derselbe, aber die Wunden, welche er dem Wohlstande der Insel geschlagen hatte, heilten nicht so schnell, und von den reichen Einkünften, die Kuba einst dem Mutterlande gebracht hatte, konnte auf Jahre hinaus nicht die Rede sein.

Die konstituierenden Cortes.

Italien und das Papsttum.

Die Wiederherstellung der katholischen Monarchie in Spanien berührte die Interessen der übrigen europäischen Staaten, selbst Frankreichs, nicht allzulebhaft. Am meisten mochte sich die Kurie dazu beglückwünschen, obgleich sie ja andererseits den Zusammenbruch des Karlistismus, der ihr doch noch sympathischer sein mußte, zu beklagen hatte. Aber auf alle Fälle blieb die Beseitigung der kirchenseindlichen spanischen Republik der erste helle Sonnenblick in den trüben Tagen, die mit dem Untergang der weltlichen Macht des Papstes und mit dem Ausbruch des Kulturkampfes über die Kurie hereingebrochen waren.

Neben Deutschland war es natürlich in erster Linie Italien, auf das die Ultramontanen aller Länder mit bitterem Hasse schauten. Und doch ließen es die italienischen Staatsmänner nicht an eifrigen Bemühungen fehlen ein besseres Verhältnis anzubahnen. Durch das Garantiegeseß von 1871 hatte man der Kurie Zugeständnisse gemacht, über die hinauszugehen kaum noch möglich war. Irgend eine Gegenleistung dafür erhoffte man aber vergebens. Pius IX. benutzte jede Gelegenheit um seiner tiefen Erbitterung über die erlittene Beraubung den allerhöchsten persönlichen Ausdruck zu geben, und auch die kaum bezweifelte wohlwollende Gesinnung, die er für den gutkatholischen Viktor Emanuel hegte, hinderte ihn nicht von ihm als einem Herodes und

Italien und die Kurie.

Abfalom, einem Pilatus und Kaiphas und wie die schmeichelhaften Vergleiche sonst lauteten, zu reden. Aber in einem Punkte war seine Politik ohne es zu wollen der Befestigung des neuen Staatswesens förderlich. Während in allen übrigen Staaten Europas der Ultramontanismus jede Gelegenheit ergriff um zu parlamentarischem Einfluß zu gelangen, enthielt er sich in Italien auf ausdrücklichen Befehl des Papstes der Beteiligung an den Wahlen, weil dieselbe als eine Anerkennung der neuen Zustände hätte gedeutet werden können. Dadurch wurde dem durch das Treiben der Parteien ohnedies schon arg zerrütteten Lande die Gefahr erspart auch noch den Klerikalismus im Parlamente vertreten zu sehen, und dieser Vorteil war um so höher anzuschlagen, je stärker der Ultramontanismus ohne Zweifel aufzutreten imstande gewesen wäre, wenn die Priester sich die Beeinflussung der Wahlen hätten angelegen sein lassen.

Das Kloster-
gesetz.

Vediglich dieser Enthaltung der Ultramontanen war es denn auch zu danken, daß im Juni 1873 nach langen Verhandlungen die Ausdehnung des Klostergesetzes, das im übrigen Königreiche galt, auf die Stadt Rom und das Patrimonium Petri zur Annahme gelangte. Mancherlei Milderungen wurden dabei aber doch zum großen Verdruß der Linken von der Regierung und den konservativen Parteien durchgesetzt. Wenn man die große Mehrzahl der Klöster auch aufhob und ihr Vermögen zu drei großen Fonds für Schulen, Pfarreien und Hospitäler verschmolz, so schonte man doch diejenigen, welche unter dem Schutze fremder Mächte standen, und trug damit einigermassen dem ungestümen Verlangen Rechnung, das besonders in Frankreich die ultramontane Partei geltend machte. Auch wurde die Fortdauer der Ordensgeneralate ermöglicht, indem man sie auf Antrag Nicasolis als Vertretungen der Orden bei der Kurie behandelte und dem Papste für ihren Unterhalt jährlich 400 000 Franken zur Verfügung stellte; nur den Jesuitengeneral schloß man dabei aus ohne übrigens den Jesuitenorden selbst zu verbieten. Bei allen Abstimmungen über diese Fragen hing das Ergebnis immer nur von wenigen Mitgliedern ab; zwanzig oder dreißig Ultramontane würden imstande gewesen sein die Bestimmungen des Gesetzes in den wichtigsten Punkten umzustossen und dadurch die Annahme des Ganzen zu vereiteln.

Die Ordens-
generalate.

An Protesten gegen das Klostergesetz ließen es die Geschädigten natürlich nicht fehlen; der Papst verweigerte die Annahme der 400 000 Franken; der Jesuitengeneral Beckx verlegte seinen Wohnsitz von Rom nach Belgien; die fremden Regierungen dagegen legten keine Verwahrung gegen die angebliche Verletzung ihrer Schutzrechte ein, sondern erkannten stillschweigend an, daß die Umwandlung der ihrer Obhut anvertrauten Klöster in geistliche Stiftungen eine Maßregel der inneren Gesetzgebung sei, zu der man Italien das Recht nicht bestreiten könne. Selbst Frankreich, wo doch zu ebendieser Zeit Mac Mahon an Thiers' Stelle den Präsidentenstuhl bestieg, beruhigte sich sehr bald, und Oesterreich trat

Das Ausland.

fogar ger
man bis
Septemb
tage des
schau sta
König se
auch hie
den drei
großen e

Es
Minghet
sterium
den Kai
In Berl
darüber
wahl ve
reits En
bei der
leicht de
dem kün
musste,
14. Ma
Minister
es dem
wahl zu
Wunsche
bieten n
die Bis
Berlin

M
suchte a
Teilweis
Februar
lation
Ausgab
eine gar
stimmt
gesetz, e
mehr d
Unterrie
ermächti
Moral
war.
Majorit
ebenjose

fogar gerade jetzt in ein weit freundlicheres Verhältnis zu Italien, als man bis dahin für möglich gehalten hatte. Viktor Emanuel stattete im September 1873 dem Kaiser einen Besuch in Wien ab und am Jahrestage des Einzugs in Rom fand ihm zu Ehren eine große Truppenparade statt, was man natürlich im Vatikan sehr übel vermerkte. Der König setzte darauf seine Reise bis nach Berlin fort und erfreute sich auch hier der besten Aufnahme: unverkennbar hatte sich also Italien den drei Kaiserstaaten genähert und an ihrer Seite seinen Platz in dem großen europäischen Friedensbündnis eingenommen.

Der König in
Wien und
Berlin.

Es war dies hauptsächlich das Verdienst des Ministerpräsidenten Minghetti, der seit dem Juni 1873 die Geschäfte leitete. Das Ministerium Lanza-Sella, welches er ablöste, hatte eine engere Fühlung mit den Kaiserstaaten nicht gewonnen und auch kaum ernstlich gewünscht. In Berlin verübelte man es ihm besonders, daß es eine Verständigung darüber ablehnte, wie die großen Mächte sich bei einer neuen Papstwahl verhalten sollten. Allerlei Gerüchte meldeten, daß Pius IX. bereits Ende 1870 eine Bulle vollzogen habe, durch welche das Verfahren bei der Wahl in wesentlichen Punkten abgeändert sei. Es konnte somit leicht der Fall eintreten, daß aus formellen oder materiellen Gründen dem künftigen Papste staatlicherseits die Anerkennung versagt werden mußte, und Fürst Bismarck regte deshalb durch eine Circulardepesche vom 14. Mai 1872 die Prüfung dieser Frage an. Allein das italienische Ministerium wollte sich darauf nicht einlassen, vornehmlich wohl weil es dem Geschrei der Ultramontanen, daß man die Freiheit der Papstwahl zu beeinträchtigen vorhabe, nicht neue Nahrung, und ihrem stillen Wunsche, das Konklave von Rom hinweg zu verlegen, keinen Vorwand bieten wollte. An seiner Ablehnung aber scheiterte die ganze Anregung, die Bismarck gegeben hatte, und das Verhältnis zwischen Rom und Berlin war demgemäß ein recht kühles gewesen.

Die Frage der
Papstwahl.

Minghetti war als Haupt der Conforterie aus Ruher gekommen, suchte aber eifrig mit der gemäßigten Linken Fühlung zu gewinnen. Teilweise war dies Bemühen mit Erfolg gekrönt. So brachte er im Februar 1874 ein Gesetz mit ihrer Hilfe durch, das die Papiercirculation ordnete, indem es die sechs größten Banken des Landes zur Ausgabe von einer Milliarde Noten mit Zwangskurs ermächtigte. Auch eine ganze Reihe von Steuergesetzen, die der Finanznot abzuhelpen bestimmt waren, gewann die Mehrheit; das wichtigste freilich, ein Stempelgesetz, erlag mit 166 gegen 165 Stimmen, und Minghetti dachte umso mehr daran seine Entlassung zu fordern, als kurz zuvor auch ein Unterrichtsgesetz, das den Schulzwang einführte und die Gemeinden ermächtigte an die Stelle des Religionsunterrichtes den Unterricht in der Moral treten zu lassen, von einer sehr buntscheckigen Mehrheit abgelehnt war. Allein die Zusammensetzung des Parlamentes, die keine feste Majorität aufkommen ließ und jedem andern Ministerium das Regieren ebensojehr erschwert haben würde, empfahl doch mehr eine Auflösung

Ministerium
Minghetti.

Neuwahlen. und Neuwahl als einen Ministerwechsel. Minghetti gab deshalb den Bitten des Königs nach und blieb im Amte um das Ergebnis der Neuwahlen, die im November stattfanden, abzuwarten. Dasselbe war ihm nicht ungünstig, da 288 der Gewählten sich als Anhänger der Regierung bezeichneten und die Opposition nur 220 Mitglieder zählte. Allein zuverlässig war auch diese Mehrheit nicht und es bedurfte großer Geschicklichkeit um zu verhüten, daß nicht die Mißtrauensvoten, welche die Opposition bei verschiedenen Gelegenheiten beantragte, durch den Zutritt eines Teiles der Majorität zur Annahme gelangten. Besonders kritisch gestaltete sich die Lage bei den großen Debatten über das Garantiegesetz, die Anfang Mai 1875 stattfanden, und bei einer Vorlage, die dem Ministerium außerordentliche Vollmachten zur Unterdrückung des in Sizilien herrschenden Brigantenunwesens verleihen sollte. In beiden Fällen wußte Minghetti durch kluges Einlenken sich die Mehrheit zu sichern, und wenn er bei der Debatte über das Garantiegesetz die Verpflichtung übernahm strenger gegen den widerpenstigen Klerus vorzugehen und baldigst ein Gesetz über die Verwaltung der Kirchengüter vorzulegen, so kam das auch seiner auswärtigen Politik zu statten; denn Bismarck hatte die beleidigenden Allokutionen und Schriftstücke, welche der Papst unablässig gegen das Deutsche Reich schleuderte, eben wieder benutzt um der italienischen Regierung bemerklich zu machen, daß sie durch das Garantiegesetz gewissermaßen die Deckung des Papstes übernommen habe, deshalb aber auch für seine Ausschreitungen verantwortlich sei. Die Mißstimmung, welche darin ihren Ausdruck fand, wurde durch Minghettis Erklärungen glücklich beseitigt, und der beste Beweis dafür, daß Italiens Stellung zu den Kaisermächten eine freundliche geblieben sei, lag darin, daß im April 1875 Franz Josef den Besuch des Königs durch eine Zusammenkunft in Venedig erwiderte, daß bald darauf der deutsche Kronprinz an Stelle seines erkrankten Vaters nach Neapel kam und der deutsche Kaiser selbst im Oktober die Berliner Reise Viktor Emanuels durch einen Besuch in Mailand erwiderte.

Kaiserliche
Gegenbesuche.

Auch die innere Gesetzgebung wurde von Minghetti auf den verschiedensten Gebieten mit Erfolg gefördert; insbesondere kam ein neues Strafgesetzbuch und ein Rekrutierungsgesetz, das den Abschluß der Wehrverfassung bildete, zustande. Von umfassender Bedeutung waren seine Bemühungen das italienische Eisenbahnnetz in den Besitz des Staates zu bringen. Schon früher waren einige kleinere Linien erworben; jetzt kaufte er das eine der drei großen Netze, das römische, an, ließ mit der Gesellschaft der oberitalienischen Bahnen, die größtenteils aus Franzosen mit dem Baron Alfons von Rothschild an der Spitze bestand, durch den früheren Finanzminister Sella in Basel einen Kaufvertrag abschließen und sicherte durch einen anderen Vertrag im Januar 1876 dem Staate das Recht auch das dritte große Netz, die neapolitanischen Bahnen, zu erwerben. Aber ehe diese wichtigen Vorlagen von der

Eisenbahn-
fragen.

Kammer
Anlaß d
Mühlste
nun Mi
das Ge
sich doch
dadurch

Die
gemäßig
wesen u
radikale
zum Ein
der beste
in der
seine P
Kurie g
u. a. d
diesem
Schulzu
und Ni
Mißach
Kundge
Minghe
Vertrag
Kammer
Gesetz
bahnen

Ge
gegenüb
abhing,
ihm ge
beispiel
rend d
Schulde
an die
hatte,
langer
durch
vember
Kammer
hatte tu
zu befo
kanern
fassende
riums

Kammer genehmigt wurden, erfolgte der Sturz des Ministeriums. Den Anlaß dazu bot die Wahlsteuer, die auf Grund der Umdrehungen der Mühlsteine veranlagt wurde und sehr ungleichmäßig wirkte. Obgleich nun Minghetti versprach ein anderes System vorzuschlagen, welches das Gewicht des gemahlten Kornes zur Grundlage haben sollte, erklärte sich doch eine Mehrheit von 61 Stimmen gegen ihn und zwang ihn dadurch am 18. März 1875 seine Entlassung einzureichen.

Minghetti's
Sturz.

Die Neubildung des Ministeriums übertrug der König einem der gemäßigtesten Führer der Linken, Depretis, der schon öfter Minister gewesen war. Dieser bewog Nicotera, Mancini, Zanardelli und andere radikale Politiker trotz ihrer zum Teil antimonarchischen Vergangenheit zum Eintritt in sein Kabinett und führte sie dadurch auf den Boden der bestehenden Verfassung hinüber, was ein unverkennbarer Fortschritt in der Befestigung des neuen Staates war. Übrigens bewegte sich seine Politik wesentlich in denselben Bahnen wie die Minghetti's. Der Kurie gegenüber zog er noch etwas schärfere Saiten auf und erklärte u. a. die ersten Jahresraten der dem Papste zugestandenen und von diesem nicht erhobenen Rente für verfallen; auch brachte Mancini den Schulzwang, den Scialoja nicht hatte durchsetzen können; wirklich durch und Nicotera schritt als Minister des Inneren streng und selbst unter Mißachtung der Gesetze gegen die Straßenprozessionen und sonstigen Kundgebungen der Ultramontanen ein. Auch die Eisenbahnpolitik Minghetti's wurde grundsätzlich festgehalten, doch gelang es den Baseler Vertrag noch etwas günstiger für den Staat zu gestalten, und als die Kammern ihn genehmigten, übernahm Depretis die Verpflichtung ein Gesetz einzubringen, durch welches der Betrieb auf sämtlichen Staatsbahnen in die Hände von Privatgesellschaften gelegt werden sollte.

Ministerium
Depretis.

Gleichwohl war die Stellung des Ministeriums dem Parlamente gegenüber eine durchaus unsichere, da sie lediglich von der Unterstützung abhing, die eine Anzahl liberaler Abgeordneter, besonders aus Toskana, ihm gewährte. Die Gegenleistungen, welche diese dafür forderten, wie beispielsweise die finanzielle Unterstützung von Florenz, das sich während der kurzen Zeit, wo es Hauptstadt gewesen war, in schwere Schulden gestürzt hatte, oder die Übertragung des Eisenbahnbetriebes an die Florentiner Gesellschaft, welche das Tabaksmonopol gepachtet hatte, ließen auf sich warten. Die Linke mußte deshalb in nicht zu langer Frist einer Niederlage gewärtig sein, wenn es ihr nicht gelang durch Neuwahlen eine sichere Majorität zu erlangen. Schon im No-

Unsichere
Stellung.

Neuwahlen.

zu sein. Allein sehr bald zeigten sich innerhalb der Mehrheit die ersten Spuren der Zerfetzung. Wenn persönliche Eifersüchteleien dabei eine große Rolle spielten, so ließ sich doch auch nicht leugnen, daß die Aufhebung der Mahl- und der Salzsteuer, die Reform der Verwaltung, die Änderung des Wahlgesetzes und andere Forderungen, die auf dem Programm der entschiedenen Linken standen, äußerst geringe Fortschritte machten, und so trennte sich denn eine ansehnliche Partei, an deren Spitze Cairoli stand und deren geistiges Haupt der Kammerpräsident Crispi war, immer schärfer von dem Anhang des Ministeriums und richtete ihre Angriffe vornehmlich gegen Nicotera. Ließ Depretis den letzteren fallen und ersetzte er ihn durch Crispi, so konnte eine sichere Mehrheit wiedergewonnen werden. Durch eine Reise, die Crispi im Spätsommer 1877 nach Gastein, wo er sich Bismarck vorstellte, nach Berlin und von da nach Paris unternahm, verschaffte man sich die Gewißheit, daß seine radikale Vergangenheit das gute Verhältnis zu Deutschland nicht gefährden werde, und beruhigte man zugleich die Franzosen über die Gerüchte, als ob seine Aufgabe die gewesen sei ein Bündnis Italiens mit Deutschland gegen Frankreich abzuschließen. Unmittelbar nach Crispi's Rückkehr reichte dann Depretis im Namen des ganzen Ministeriums dem Könige ein Entlassungsgesuch ein. Dasselbe wurde zwar angenommen, aber Depretis erhielt den Auftrag ein neues Kabinett zu bilden, und dies wurde nun fast aus denselben Personen zusammengefaßt wie das frühere: die einzige wesentliche Änderung war, daß Crispi an Nicotera's Stelle trat.

Crispi's Eintritt ins Ministerium.

Tod Viktor Emanuel's und Pius' IX.

Wenige Tage später, am 9. Januar 1878, wurde Viktor Emanuel nach kurzer Krankheit vom Tode ereilt und nach kaum einem Monate, am 7. Februar, folgte ihm Pius IX. ins Grab. Drei Dezennien hindurch hatten die beiden Gegner nebeneinander ihre historische Laufbahn durchgemessen; was der eine beim Beginn seiner Regierung dem italienischen Volke zu versprechen schien, die festere nationale Einigung, hatte gegen ihn der andere ins Werk gesetzt; die unermessliche Popularität, die des Papstes Haupt einst umglänzt hatte, war in kaum minderm Maße auf den *re galantuomo*, den ersten König Italiens, übergegangen. Dennoch hatte zwischen beiden Männern, ein seltenes Schauspiel, keine persönliche Feindschaft bestanden; was sie trennte, war die Pflicht ihres Amtes und der Inhalt ihrer geschichtlichen Aufgabe. Ebendeshalb ließ sich aber auch kaum erwarten, daß ihre Nachfolger in ein wesentlich anderes Verhältnis zu einander würden treten können, als zwischen jenen bestanden hatte. Der neue Papst mochte sich von den Jesuiten, die Pius IX. beherrscht hatten, abwenden: den Verlust der weltlichen Herrschaft konnte er doch unmöglich gutheißen. Der neue König mochte, was keineswegs der Fall war, den allerultramontansten Grundsätzen huldigen: an eine Herausgabe Roms an den Papst hätte er doch nimmermehr denken dürfen. Aber wenn der Gegensatz derselbe bleiben mußte, so hätte sich das Stärkeverhältnis der beiden Gegner

doch leid
die alte
nalen B
früheren
und dar
doch ein
rungsfäl
der Berf
montane
diesen U
noch vor
fanern u
wirfen k

Ein
garischen
Lisza m
gegen se
In der
nalen un
schritt ge

Na
war und
treues W
die sich
auf das
entgegen
Böhmen
der) die
weigerte
gebnis,
den Ein
verhältn
in der
sie gesch
dritteln
diese ih
Minister
von den
Um die
tung zu
die Aut
Wahlge

doch leicht zu Ungunsten des neuen Königs verschieben können, wenn die alte republikanische Partei, der Viktor Emanuel durch seine nationalen Verdienste ein Gegengewicht hatte bieten können, noch in ihrer früheren Schroffheit bestanden hätte. Für die Sicherheit des Thrones und damit zugleich für die Befestigung des jungen Staates war es doch ein großes Glück gewesen, daß der verstorbene König die Regierungsfähigkeit der Linken anerkannt und diese dadurch auf den Boden der Verfassung hinübergeführt hatte. Selbst dem Eintritt der ultramontanen Partei in die parlamentarischen Kämpfe konnte man unter diesen Umständen ohne allzugroße Besorgnis entgegensetzen, während noch vor wenigen Jahren dieses Ereignis einen Bund mit den Republikanern und eine schwere Gefährdung der ruhigen Entwicklung hätte bewirken können.

Österreich-Ungarn.

Eine ähnliche Parteiverschiebung war fast gleichzeitig in der ungarischen Hälfte der österreichischen Monarchie ins Werk gesetzt, indem Tisza mit der Linken in den Rat des Königs berufen wurde und dagegen seine bisherige Feindschaft gegen den Deak'schen Ausgleich aufgab. In der cisleithanischen Hälfte dagegen hatte die Versöhnung der nationalen und politischen Grundsätze bislang auch nicht den mindesten Fortschritt gemacht.

Nachdem im November 1871 das Ministerium Hohenwart beseitigt war und Fürst Adolf Auersperg wieder ein rein deutsches und verfassungstreues Ministerium gebildet hatte, brach der Groll der enttäuschten Slawen, die sich soeben noch eines sicheren Sieges glauben zu dürfen, auf das heftigste los. Um den besonders erbitterten Tschechen mit Festigkeit entgegenzutreten wurde zum Statthalter und Militärkommandanten von Böhmen wiederum der Baron Koller ernannt. Der Prager Landtag, der die Wahl von Reichsratsmitgliedern jetzt natürlich wieder verweigerte, wurde geschlossen und die direkten Wahlen hatten das alte Ergebnis, daß 24 Deutsche gewählt wurden, während die 30 Tschechen den Eintritt in den Reichsrat ablehnten. In diesem waren die Parteiverhältnisse wesentlich dieselben wie früher; die liberale Partei war in der Mehrheit, aber die Polen, Slowenen, Merikalen konnten, wenn sie geschlossen stimmten, die zu Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit verhindern. Zunächst hatten sie die Gelegenheit dazu diese ihre Macht anzuwenden bei einem Notgesetz, durch welches das Ministerium die direkten Wahlen auch dann einführen wollte, wenn die von den Landtagen Delegierten ihr Mandat auszuüben sich weigerten. Um die Zustimmung der Polen oder wenigstens ihre Stimmenenthaltung zu gewinnen, wurden ihnen große Zugeständnisse in bezug auf die Autonomie Galiziens gemacht; trotzdem votierten sie gegen das Wahlgesetz; aber die Entscheidung fiel doch, wenn auch mit knapper

Ministerium
Auersperg.

Die Partei-
verhältnisse.

Das Notwahl-
gesetz.